

## Antrag

**der Abgeordneten Michael Schlecht, Sahra Wagenknecht, Dr. Axel Troost, Eva Bulling-Schröter, Dr. Barbara Höll, Harald Koch, Ralph Lenkert, Richard Pitterle, Sabine Stüber und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Kreditklemme überwinden – Privatbankensektor in öffentliche Hand überführen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

„Der Finanzsektor hat im Kern eine dienende Funktion für das Funktionieren der wirtschaftlichen Kreisläufe. Dieses Selbstverständnis muss wieder belebt werden; ansonsten werden wir große Schwierigkeiten mit unserer Wirtschaft haben.“ Diese durchaus zu unterstützende Position der Bundeskanzlerin bedeutet vor allem, dass die Kreditwirtschaft für Unternehmen und Privatkunden kostengünstige Kredite und ausfallsichere Sparangebote bereitstellen muss. Während im ersten Halbjahr 2009 Sparkassen, Landesbanken und Genossenschaftsbanken die Kreditvergabe an Unternehmen und Selbständige deutlich ausgeweitet haben, haben die privaten Großbanken jedoch ihre Kreditvergabe an die Wirtschaft drastisch reduziert. Immer häufiger wird die Kreditvergabe verweigert oder es werden die Zinsen heraufgesetzt und zusätzliche Sicherheiten gefordert. Dadurch werden in zunehmendem Umfang gesunde Unternehmen in die Knie gezwungen und Unternehmen in Branchen mit Überkapazitäten wird jegliche Möglichkeit abgeschnitten, ihre Ausrichtung in Richtung ökologischer Produkte und neuer Märkte umzustrukturieren. Bei rund 40 Prozent aller Insolvenzen der ersten Jahreshälfte ist die Kreditklemme „die zentrale Ursache“, so das Ergebnis einer Umfrage des Kreditversicherers Euler Hermes. Und dies obwohl die Europäische Zentralbank (EZB) den Banken zu niedrigsten Zinsen und ungewöhnlich langfristig Geld leiht. Auch wenn eine gewisse Zurückhaltung bei der Kreditvergabe in Krisenzeiten durchaus normal ist, so ist offensichtlich, dass gerade die private Säule des Bankensystems ihrer Finanzierungsfunktion nicht nachkommt. Dafür sind einerseits die überzogenen Renditeerwartungen der Privatbanken verantwortlich, die mit günstigen Zentralbankkrediten lieber hochriskante Geschäfte des Investmentbankings betreiben. Andererseits leiden die privaten Geschäftsbanken aber an einem Mangel an Eigenkapital. Dieser ist Ausdruck der selbstverschuldeten Verluste, die sie durch ihre spekulativen und unverantwortlichen Geschäftsmodelle aufgehäuft haben. Nur Bilanzkosmetik und vor allem Staatshilfen bewahren bislang die meisten Privatbanken vor der faktischen Pleite.

Sowohl die alte als auch die neue Regierung hat das Problem der drohenden Kreditklemme sehr wohl erkannt. Seit Monaten wird an die privaten Banken appelliert. Jetzt erklärt der neue Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle: „Ich werde ... den Dialog mit den Banken suchen, sie an ihre Verantwortung erinnern und ihren Anteil am Gesundungsprozess der Wirtschaft einfordern. Die Banken müssen vor allem dazu beitragen, die Kreditklemme in Deutschland zu lösen“ (Handelsblatt 30./31. Oktober 2009). Dies sind hilflose Versuche vor dem Hintergrund einer gescheiterten Wirtschaftsphilosophie, die

darauf setzt, dem „freien Spiel der Kräfte“ in der Wirtschaft großen Raum zu geben. Zur Stabilisierung der Wirtschaft, zum Erhalt der industriellen Kerne und zur Sicherung der Arbeitsplätze muss jedoch von staatlicher Seite entschieden gehandelt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Hausbankprinzip der Förderbanken aussetzt. Es muss sichergestellt werden, dass zum Beispiel die KfW Bankengruppe direkt Kredite zu annehmbaren Bedingungen an Unternehmen vergeben kann und für diesen Zweck eine hinreichende Ausstattung erfährt;
2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Überführung des privaten Bankensektors in öffentliches Eigentum regelt und sie dabei auf das Gemeinwohl verpflichtet. Dabei müssen Bilanzrisiken der privaten Banken und die daraus notwendig werdende Rekapitalisierung durch den Staat offengelegt werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass wieder Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie privaten Konsumentinnen und Konsumenten Kredite zu annehmbaren Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Damit ist gleichzeitig zu erwarten, dass die gegenwärtige Entkoppelung von Spar- und Kreditzinsen durch ein Zurückführen auf das Vorkrisenniveau beendet wird. Geschäfte des Investment Bankings sind strikt vom Einlagen- und Kreditgeschäft abzutrennen und dürfen nicht mit Zentralbankgeld betrieben werden.

Berlin, den 2. Dezember 2009

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

### **Begründung**

Zu II. 1: Unter der Kreditklemme leiden besonders jene Regionen, in denen die großen industriellen Kerne ansässig sind, die stark auf Exporte orientiert sind. In Baden-Württemberg droht die Vernichtung von bis zu 30 Prozent der industriellen Arbeitsplätze. In den nächsten Monaten geht es für viele Betriebe und Arbeitsplätze der Automobilindustrie, der Automobilzulieferer, des Maschinenbaus und des Werkzeugmaschinenbaus um das nackte Überleben. Diese Dringlichkeit der Probleme erfordert schnelles Handeln, das nicht vom geschäftspolitischen Ermessen weniger Privatbanken abhängig sein darf. Aus diesem Grund muss der Staat seine Förderbanken befähigen, direkt den akut bedrohten Unternehmen Mittel zur Abwendung ihrer Finanzierungsengepässe zuzuleiten.

Zu II. 2: Die privaten Banken sind sowohl für die Finanzkrise als auch für die aktuelle Kreditklemme in besonderem Maße verantwortlich. Der Grund dafür liegt in der übersteigerten Renditeorientierung des privaten Bankensektors und an der mangelnden Eigenkapitalbasis: Eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent lässt sich nun einmal nur durch hochriskante Geschäftsmodelle, nicht aber durch die Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen erzielen. Schätzungen zufolge haben allein die deutschen Banken noch immer toxische Papiere im Wert von 300 bis 600 Mrd. Euro in ihren Büchern. Damit der Finanzsektor wieder seiner Aufgabe nachkommen kann, müssen diese Papiere zu realistischen Werten und dies bedeutet in vielen Fällen zum Nullwert aus den Bilanzen ausgelagert werden, wie dies auch z. B. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung DIW (Wochenbericht 13/2009) oder vom Wirtschafts-Nobelpreisträger Paul Krugman (New York Times vom 18. Januar 2009) gefordert wird. Das dadurch

weitgehend oder vollständig vernichtete Eigenkapital der Banken muss dann zur Aufrechterhaltung des Bankgeschäftes durch die Zuführung neuen Eigenkapitals ersetzt werden. Da nur der Staat eine derartige Rekapitalisierung vornehmen kann, kommt dieser Schritt einer Verstaatlichung gleich. Die öffentliche Hand muss dann – im Gegensatz zur Praxis bei der Commerzbank – direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik der einzelnen Kreditinstitute nehmen und dies einer strikten Regulierung und demokratischen Kontrolle des gesamten Bankensektors verbinden. Die Stabilität der Finanzmärkte ist ein öffentliches Gut, das deshalb der öffentlichen Kontrolle bedarf. Nur die öffentliche Hand kann sicherstellen, dass die Banken keine übertriebenen Renditeziele mehr verfolgen, sondern ihre Geschäftspolitik stattdessen am Gemeinwohl ausrichten. Die Kreditwirtschaft muss Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden.

